

Es liegt nahe, diese Anwendung der Tierschutzregel auf arbeitende Menschen heute speziell auf Probleme der Landwirtschaft zu beziehen, die so viele Bauern derzeit zu Protesten veranlasst. Paulus spricht dafür die Gemeinde an, die Recht und Pflicht hat, diese Verhältnisse gerecht zu organisieren. Heute ist das die demokratisch organisierte Gesamtgesellschaft. Wer mit den Grundlagen von Nahrung und Kleidung der Bevölkerung beschäftigt ist, muss davon auch angemessen leben können. Erst recht gilt das für die, die mit den Lebensgrundlagen aller, also mit Tieren, Pflanzen und Boden angemessen umgehen, weil sie deren „Seele“ kennen. Wer dem Rind bei der Arbeit das Maul nicht zubindet, hat auch selbst Anspruch auf einen angemessenen Anteil am Erarbeiteten, denn

„unseretwegen ist es doch geschrieben“ (1. Korinther 9,10).

Frank Crüsemann

Em. Professor für Altes Testament

Literatur

Crüsemann, Frank: Die Tora. Theologie und Sozialgeschichte des alttestamentlichen Gesetzes (1992), 4. Aufl. Gütersloh 2015.

Dalman, Gustaf: Arbeit und Sitte in Palästina, Bd. III: Von der Ernte zum Mehl (1933, Nachdr. Hildesheim 1964).

Hieke, Thomas: Levitikus 16-27, HThKAT, Freiburg 2014.

Koenen, Klaus/Mell, Ulrich: Art. Landwirtschaft, Sozialgeschichtliches Wörterbuch zur Bibel, Gütersloh 2009, 329-335.

Lisowsky, Gerhard: Dtn 25,4. Du sollst dem Rinde bei seinem Dreschen nicht das Maul verbinden. In religionsgeschichtlicher und ethischer Sicht erläutert, in: Das ferne und das nahe Wort. FS L. Rost, BZAW 105, 1967, 144-152.

Rordorf, Willy: Sabbat und Sonntag in der Alten Kirche, TC 2, Zürich 1972.

Schottroff, Luise: Der erste Brief an die Gemeinde in Korinth, ThKNT 7, Stuttgart 2013.

Franz-Joachim Bienstein

Landwirtschaft in Ostdeutschland

Franz-Joachim Bienstein bewirtschaftet einen rund 300 Hektar großen Betrieb in Metelsdorf, Mecklenburg-Vorpommern mit dem Schwerpunkt Ackerbau. Er hat außerdem eine kleine Legehennenhaltung mit zwei mobilen Hühnerställen und Direktvermarktung der Eier. Klara Butting sprach mit ihm über die Agrarpolitik in den Neuen Bundesländern nach der Wende.

Man wollte die großflächige Struktur der Landwirtschaft erhalten.

Ob die Betriebe privat weitergeführt wurden, war unerheblich.

Lieber Herr Bienstein, Sie haben nach der Wende in Mecklenburg-Vorpommern einen Betrieb eröffnet. Wie ist es dazu gekommen?

Ich stamme von einem landwirtschaftlichen Betrieb in Westfalen. Allerdings mit sehr wenig Acker, hauptsächlich Wald. Mein Bruder wollte von Anfang an die Forstwirtschaft machen. Da ich auch Landwirt werden wollte, war die Wende für mich eine Chance. Gleichzeitig wurde bei uns – zum Leidwesen meines Vaters – eine Autobahn mitten durch unsere Flächen gebaut. Die Entschädigung war das Startgeld, um in Mecklenburg-Vorpommern Fuß zu fassen. Wir haben eine kleine Hofstelle gekauft und versucht hier zu überleben.

Wirtschaften Sie biologisch?

Bis letztes Jahr hatten wir einen konventionellen Betrieb. Dabei habe ich schon immer versucht

durch vernünftige Fruchtfolge den Einsatz von Chemikalien zurückzudrängen. Doch dadurch, dass sich Erbsen, Bohnen oder Lupinen konventionell nicht absetzen lassen, habe ich ganz umgestellt und bin seit letztem Jahr mit dieser Umstellung zur ökologischen Landwirtschaft beschäftigt.

Agrarpolitik nach der Wende

Wie sind Sie mit den Agrarstrukturen, die die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPGen) hinterlassen haben, klargekommen?

Die vorhandenen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften haben versucht, Neugründungen landwirtschaftlicher Betriebe abzuwehren – und zwar unabhängig davon, ob zugezogene Landwirte aus Westdeutschland oder ehemalige LPG-Mitglieder versucht haben, sich selbstständig zu machen. Diese Abwehr wurde unterstützt von



den später gegründeten Ämtern für Landwirtschaft und auch von den Ministerien. Dort war man von Anfang an bestrebt, die großen industriellen Landwirtschaftsstrukturen, sprich die Nachfolgebetriebe der LPGen, zu erhalten.

Die Politik hat nach der Wende also die Gründung privatbäuerlicher Betriebe nicht gefördert?

Nein. Im Gegenteil. Einen sehr großen Einfluss hatten die Ämter für Landwirtschaft. Es gibt offizielle Verlautbarungen, zum Beispiel von dem damaligen Chef des Amtes für Landwirtschaft Stralsund, der geradezu damit geprahlt hat, dass er die Neugründung von landwirtschaftlichen Betrieben unterbunden hat. Das war ein offenes Geheimnis. Man wollte die großflächige Struktur der Landwirtschaft erhalten. Ob die Betriebe privat weitergeführt wurden, war unerheblich. Menschen, die versucht haben kleine oder mittlere Betriebe zu gründen, haben es deshalb schwer gehabt. Gerade die ehemaligen LPG-Mitglieder, die über wenig oder kein Eigenkapital verfügten, haben darunter gelitten. Darum haben auch nur sehr wenige sich selbstständig gemacht. Wir hatten das Glück, dass wir etwas Eigenkapital mitbrachten.

Gab es nach der Wende eine Bodenreform?

Die Bodenreform sah so aus, dass das sog. Volkseigentum Staatseigentum wurde. 1948 hatte die Sowjetunion alle Betriebe über 100 ha enteignet. Das Land wurde zum sog. Volkseigentum. Die Regierung unter Helmut Kohl hat dafür gesorgt, dass dieses Land in den Händen des Staates blieb und der Treuhand übergeben wurde. Aus der Treuhand heraus wurde die Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH gegründet. Die alten Seilschaften kamen zum Zuge und haben dafür gesorgt, dass diese Flächen, die in Mecklenburg deutlich mehr als die Hälfte aller landwirtschaftlich genutzten Flächen ausmachten, nach der Wende fast ausnahmslos in die Hände der ehemaligen LPGen gelangten. Zunächst wurden kurzfristige Pachtverträge geschlossen. Wenn Menschen wie wir ein paar Hektar pachten oder gegebenenfalls auch kaufen wollten, wurden wir getröstet, das Land sei einjährig verpachtet. Stillschweigend wurden dann aus den einjährigen Pachtverträgen mehrjährige Pachtverträge. Im Folgenden hat man den Kauf dieser Flächen daran gekoppelt, ob man auch die Pacht hatte. D.h. man kam an Pachtverträge nicht ran, deshalb konnte man dann auch nicht

kaufen. So haben am Ende die großen LPG-Nachfolgebetriebe die meisten Flächen bekommen, und zwar zu einem sehr niedrigen Preis, weit unterhalb der normalen Marktpreise. Auf diese Weise hat in einer gigantischen finanziellen Größenordnung eine Subventionierung der landwirtschaftlichen Industriestruktur stattgefunden.

Welche Rolle hat dabei der Bauernverband gespielt?

Der Bauernverband hat diese Politik von Anfang an unterstützt. Im Bauernverband sitzen auch Leute, die selbst davon profitieren. Der ehemalige Bauernverbandspräsident Brandenburgs hat gerade seinen Betrieb wahrscheinlich mit einem 20-fachen Aufschlag an Aldi verkauft. Die Flächen, die er billig von der Treuhand bekommen hat, hat er für einen x-fachen Wert mit einem gigantischen Wertzuwachs an einen Konzern verkauft. Der Bauernverband ist in meinen Augen kein Bauernverband. Die gesamte Führungsriege sitzt in Aufsichtsräten der vor- oder nachgelagerten landwirtschaftlichen Industrie, die die Landwirtschaft zum Produzenten billiger Rohstoffe macht. Der Bauernverband hat in den letzten 40 Jahren nie die Interessen der Bauern vertreten.

Sie haben versucht, gegen die Gesetze, die den Landverkauf an die bäuerlichen Kleinbetriebe einschränken, zu klagen. Hatten Sie dabei Erfolg?

Wir haben eine unzulässige Wettbewerbsverzerrung angemahnt und dagegen durch alle Instanzen geklagt. Es kann nicht sein, dass der Großteil der landwirtschaftlichen Betriebe komplett außen vor bleibt, während eine kleine Gruppe von industriellen Großbetrieben durch Subventionierung bessergestellt wird. Aber die Klagen sind regelrecht abgewürgt worden. Hier hat die Politik über die Justiz regiert.

Das Subventionsgeschäft

Sind denn gegenwärtig Agrarstrukturreformgesetze in Sicht?

Es werden viele Krokodilstränen geweint, doch eigentlich hat sich bis heute nichts verändert. Til Backhaus, Landwirtschaftsminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern beklagt zwar die furchtbaren Entwicklungen der Agrarstrukturen, aber er sorgt gleichzeitig dafür, dass die großen Strukturen geschont werden. Auch Angela Merkel hat vor der letzten EU Agrarreform vor der ver-

Der Bauernverband hat in den letzten 40 Jahren nie die Interessen der Bauern vertreten.



Demonstrierende Landwirte ...



... pro und contra!





Ludwig Drees

Gedanken eines Ostdeutschen über Scham

Sich schämen?

Als ich neulich einem alten, ostdeutschen Freund erzählte, dass ich mir über „Scham in den neuen Bundesländern“ Gedanken mache, fragte mich mein Freund, ob ich mich denn meines Ostlertums schämte. Da lachten wir, und ich sagte: „Nicht so richtig, nein, ich schäme mich eigentlich nicht“. Ich habe noch lange darüber nachgedacht, denn mir war schon beim Lachen sofort eingefallen, dass ich mich einst in meiner Jugend (Zeit des Abiturs 1953) sehr geschämt hatte. Ich hatte nämlich nach einer mich öffentlich unterwerfenden Demütigung durch die DDR-Machthaber, große Scham darüber empfunden, dass ich in der Unterwerfung unter die drohende Gewalt des totalitären Staates mich von meiner Peer-Gruppe („Junge Gemeinde“) losgesagt und meinen Glauben an Jesus Christus verraten hatte. Über meine Unterwerfung hatte ich mich geschämt und war innerlich von tiefem Hass gegen den Staat erfüllt worden, gegen den Staat, dem ich aus Rache für die erfahrene Demütigung nie wieder gut sein wollte. Viele Jahre verhielt ich mich dann systemkritisch in der beruflichen und privaten Öffentlichkeit der DDR, bis zu ihrem Zusammenbruch.

Über das Hier bleiben

Im Gegensatz zu mir ist die Hälfte meiner Schul-Klassenkameraden in den Jahren nach dem Abitur in den Westen gegangen. Ich studierte in unserm Land, wurde Arzt, Internist, Psychiater und ärztlicher Psychotherapeut; aber ich blieb hier. Warum? Ich fühlte mich hier gesellschaftlich gewissermaßen wirksam und wichtig, fühlte mich ungemein gebraucht und fand es unangemessen, als Arzt einfach in den Westen wegzustreben, zumal in der DDR starker Ärztemangel vorlag.

Als 1961 „die Mauer“ kam, gab es ohnehin keine Wahl mehr, wir waren eingemauert. Dennoch gab es auch dann noch DDR-Bürger, insbesondere auch Ärzte, die weiterhin unermüdlich die

Ausreise in die Bundesrepublik beantragten. Einem solchen Antrag folgten meistens schwere Sanktionen der totalitären Staatsmacht (zum Beispiel Entlassung von der Arbeitsstelle; evtl. auch Gefängnis-Haft), bis sie dann – unter Umständen nach Jahren – „von drüben“ losgekauft wurden. Ich schloss mich anderen Frauen und Männern an, die sich in Bürgerrechtsgruppen mit der Demokratisierung und Verbesserung des DDR-Systems befassten und die versuchten, sich in eine gewisse Freiheit des Sprechens und Handelns einzuüben und so das totale System irgendwie in Bewegung zu bringen. Ich blieb also im Lande, habe aber durch die damit gezeigte Loyalität und unermüdliche ärztliche Tätigkeit das gewalttätige System mit stabilisiert!

Zu guter Letzt war es schließlich so, dass ich wie die meisten DDR-Bürger doch relativ unterwürfig die totale Herrschaft der stalinistischen Machthaber hinnahm und damit auch die ganze Freiheitsberaubung, die ungeheuerliche Angst, die uns vor grobem, staatlich verübten Unrecht schweigen ließ. Wie die meisten nahm ich das alles eben doch dulddend hin und vollzog es in gewissem Sinne mit; zum Beispiel falteten wir bei den politischen „Wahlen“ den Wahlzettel mit den Block-Kandidaten der SED, auf denen man nichts ankreuzen konnte, zusammen und steckten ihn, so wie er war, unmündigen Kindern gleich, öffentlich in die Urnen; Niemand ging in die Wahl-Kabine, aus purer Angst! Ich finde das heute noch peinlich, beschämend – *die Scham des Ostdeutschen*.

Zu den schlimmen Schicksalen aufrichtiger Mitbürger, die sich nicht so unterwürfig verhielten und dafür unter Umständen gesellschaftliche Bestrafungen, auch Strafprozesse und Inhaftierungen, hinnehmen mussten – gegen diese Schicksale haben wir uns nicht aufgelehnt, wir haben wegge-guckt und geschwiegen. Klar! Wir waren Kinder und Nachkommen der nationalsozialistisch begeis-